

Stand: 06.06.2026 16:49:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16311

"Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern: Öffentliche Konsultation zum "Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)" 03.03.2017 - 29.05.2017"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/16311 vom 04.04.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16943 des VF vom 16.05.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17027 vom 18.05.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 104 vom 18.05.2017



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern:

Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)“

03.03.2017 – 29.05.2017

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 57. Sitzung am 4 April 2017 im Wege der Vorprüfung beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Verfahren zur federführenden Beratung gemäß § 83d Abs. 1 BayLTGeschO an den Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zu überweisen.
3. Die Staatsregierung wird gebeten, für die federführende Beratung eine Stellungnahme mit einer Beschlussempfehlung vorzulegen.

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung.

Das EU-Parlament hat mit einer Entschließung vom 14.02.2017 die Europäische Kommission zum wiederholten Mal aufgefordert, „konkrete Vorschläge für den uneingeschränkten Schutz von Personen vorzulegen, die illegale Tätigkeiten und Unregelmäßigkeiten aufdecken“.

Im Hinblick darauf verfolgt die Europäische Kommission mit dieser Konsultation das Ziel, Daten zu sammeln, um die Handlungsspielräume für eine Verbesserung des Schutzes von Whistleblowern auf EU-Ebene auszuloten.

Die Konsultation richtet sich u. a. an öffentliche Behörden, Richter und Staatsanwälte. Auch die bayerische Justiz ist somit unmittelbar angesprochen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen

**Europaangelegenheit des Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen**

Drs. 17/16311

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft,
Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Sozia-
les, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unterneh-
men und Industrie, Justiz und Grundrechte, Ver-
braucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmit-
telsicherheit, Zoll, Steuern:**

**Öffentliche Konsultation zum "Schutz von Hin-
weisgebern (Whistleblower)"
03.03.2017 - 29.05.2017**

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsver-
fahren folgende Stellungnahme ab:

Der Landtag teilt die von der 87. Konferenz der
Justizministerinnen und Justizminister des Bundes
und der Länder vom 01./02.06.2016 mit Zustim-
mung Bayerns geäußerte Auffassung, dass die
bestehenden Möglichkeiten zum Schutz von Hin-
weisgeberinnen und Hinweisgebern einer Über-
prüfung bedürfen. Der Landtag begrüßt deshalb,
dass die Konferenz mit der Stimme Bayerns be-
schlossen hat, die Bundesregierung um Prüfung
zu bitten, ob der Schutz von Hinweisgeberinnen
und Hinweisgebern einer gesetzlichen Regelung
bedarf.

Das Ergebnis dieser Prüfung sollte abgewartet
werden, wird aber nicht vor Ende der Frist für die
Beteiligung an dem Konsultationsverfahren am
29.05.2017 vorliegen. Sollte eine Bewertung des
Ergebnisses der von der Bundesregierung vorzu-
nehmenden Prüfung einen Handlungsbedarf des
Landtags ergeben, wird gegebenenfalls eine ent-
sprechende Stellungnahme nachgereicht werden.

Berichterstatte(r)in: **Mechthilde Wittmann**
Mitberichterstatte(r): **Franz Schindler**

II. Bericht:

1. Der EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGe-
schO wurde dem Ausschuss für Verfassung,
Recht und Parlamentsfragen federführend zu-
gewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Be-
ziehungen hat den EU-Konsultation gemäß
§ 83d BayLTGeschO endberaten.
2. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen hat das Konsultationsver-
fahren in seiner 71. Sitzung am 27. April 2017
beraten und einstimmig beschlossen, die
Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2
BayLTGeschO)
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen hat das Konsultationsver-
fahren in seiner 71. Sitzung am 27. April 2017
federführend beraten und einstimmig zu
der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung
Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaange-
legenheiten sowie regionale Beziehungen hat
das Konsultationsverfahren in seiner
59. Sitzung am 16. Mai 2017 endberaten und
einstimmig Zustimmung zur Beschluss-
empfehlung des federführenden Ausschusses
empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern:

Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)“

03.03.2017 – 29.05.2017

Drs. 17/16311, 17/16943

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Landtag teilt die von der 87. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister des Bundes und der Länder vom 1./2. Juni 2016 mit Zustimmung Bayerns geäußerte Auffassung, dass die bestehenden Möglichkeiten zum Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einer Überprüfung bedürfen.

Der Landtag begrüßt deshalb, dass die Konferenz mit der Stimme Bayerns beschlossen hat, die Bundesregierung um Prüfung zu bitten, ob der Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einer gesetzlichen Regelung bedarf.

Das Ergebnis dieser Prüfung sollte abgewartet werden, wird aber nicht vor Ende der Frist für die Beteiligung an dem Konsultationsverfahren am 29. Mai 2017 vorliegen. Sollte eine Bewertung des Ergebnisses der von der Bundesregierung vorzunehmenden Prüfung einen Handlungsbedarf des Landtags ergeben, wird gegebenenfalls eine entsprechende Stellungnahme nachgereicht werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten öffentlichen Konsultationsverfahren zum Schutz von Hinweisgebern und zur Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer, bei denen die Frist Ende Mai abläuft, abschließend beraten und empfohlen hat, die auf den Drucksachen 17/16943 und 17/16946 ausgedruckten Stellungnahmen abzugeben.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
 Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro,
 Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen
 und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung,
 Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern:
Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)“
 03.03.2017 – 29.05.2017
 Drs. 17/16311, 17/16943 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
 Steuern:
**Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der
 Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der
 Mehrwertsteuer**
 02.03.2017 – 31.05.2017
 Drs. 17/16312, 17/16946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bildung ist mehr als Schule I: Lernerfahrungen an außerschulischen Lernorten als Teil der Schulkultur etablieren
Drs. 17/14517, 17/16844 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
10.000 Häuserprogramm – Förderungen auf erneuerbare Energien konzentrieren
Drs. 17/15637, 17/16690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung fortführen
Drs. 17/15652, 17/16700 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Lebensmittelverschwendung einschränken, Lebensmittelverwertung optimieren
Drs. 17/15735, 17/16701 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer, Judith Gerlach u.a. CSU
Fortschreibung des bayerischen Aktionsplans Inklusion
durch ein Fachgespräch begleiten!
Drs. 17/15736, 17/16761 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen schützen:
Kontrollsystem verbessern
Drs. 17/15741, 17/16845 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Neuregelung der Lese- und Rechtschreibstörung
Drs. 17/15856, 17/16665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht fortschreiben
Drs. 17/15859, 17/16683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Expertenanhörung: Ultrafeinstaub – Ursachen und Gesundheitsrisiken
Drs. 17/15871, 17/16702 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Wohnortnahe Bargeldversorgung
Drs. 17/16015, 17/16691 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Gudrun Brendel-Fischer, Martin Bachhuber u.a. CSU
Bayertourismus 4.0 IV:
Steigerung der Marktpräsenz der Privat- und Kleinvermieter durch Beratung und Verbesserung der Online-Buchbarkeit
Drs. 17/16020, 17/16692 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>